

„AUSSENPOLITISCHE MODELLE“ UND REAKTIONEN IM MITTEL-OSTEUROPÄISCHEN RAUM IM ZWEITEN WELTKRIEG

von
GYULA VARGYAI

Es scheint ohne Anwendung eines besonderen Argumentationssystems akzeptierbar zu sein, dass innerhalb solcher Zeitgrenzen – wir denken an die Periode zwischen 1939 und 1944 – da die dem Anspruch der Ultima ratio der liberalen politischen Systeme widersprechende und diese zuweilen auch bis zu den Absurditäten durchsetzende politische Praxis nicht allein die Gesetzgebung sondern auch den Rahmen der traditionelleren Exekutivgewalt sprengte, – z.B. die innerhalb der Regierung engen zustandegebrachten, auf 2–3 Personen beschränkten tatsächlichen Machtzentren¹ oder die Entstehung von Militärdiktaturen, die den Kriegsverhältnissen noch besser zu entsprechen wünschten² – die Anwendung der politologischen Mittel Gelegenheit bietet in den historischen Untersuchungen bisher noch kaum berührte Zusammenhänge zu erkennen.

In unserer Studie versuchen wir – zum Grossteil auf einer von der ungarischen Geschichtsschreibung noch nicht genutzten Quellenbasis – die an den 19. März und 15. Oktober 1944 knüpfenden Ereignisse – diese als bekannt angenommen – als Modelle auszulegen und die Anwendung von deren Komponenten oder der Abstandnahme einer solchen gegenüber den erst freiwilligen, dann Schein- und Zwangsverbündeten Deutschlands im mittel-osteuropäischen Raum aufmerksam zu verfolgen.³

Obwohl unsere Quellen nur hinsichtlich einer Geltendmachung der deutschen Absichten für primär betrachtet werden können, wünschten wir auch von der kennzeichnendsten Darstellung der Parallelen und Unterschiede, die im Laufe der Reagierungen der betroffenen Länder entstanden sind, nicht Abstand zu nehmen, ebenso auch davon nicht, dass wir auf die Entstehungsumstände der wichtigsten Entscheidungen hinweisen, welche zuweilen die an Stelle der Aussenpolitik im traditionelleren Sinn tretenden Handlungsserien gestalteten. Bezüglich des letzteren meinen wir, dass selbst die klarsten diplomatischen Akte einen paradoxen Inhalt bekamen, namentlich in jenem „Verbündeten“-Verhältnis, dessen Subjekte die Begleichung der Rechnungen ihrer einander gegenüber bestehenden territorialen Forderungen von einer Gewinnung der deutschen Gunst und einer Honorierung der ihnen geleisteten Dienste erhofften. Dies zeigten auch

formelle Manifestationen, die z.B. in der Tätigkeit der gegen ihre eigenen Regierungen handelnden Gesandten erkenntlich waren.⁴ Deutscherseits wurde dies durch den nicht nur Mehrkanal-, sondern Vielkanalcharakter ihrer Akte ergänzt und so gestaltet, dass schliesslich die deutsche Aussenpolitik und die anderen Stelle tretenden Akte den Anteil der Kompromisse der verschiedenen Institutionen des Reiches – des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, des auswärtigen Amtes der Partei, der die Auslandsdeutschen mobilisierenden Auslandsorganisation, besonders aber der SS, um andere gar nicht zu erwähnen – untereinander zum Ausdruck brachten, und – wie wir es später z. B. an einem Kroatien betreffenden Fall sehen werden – selbst nach einer Entscheidung auf höchster Ebene noch „mit Berufung anfechtbar waren.“⁵

Die Rolle der politischen und militärischen Faktoren bei Gestaltung der Entscheidungen, die den Fragenkreis vielleicht am prägnantesten zum Ausdruck bringt, wollen wir hingegen in dieser Studie nur am Rande berühren.⁶

Die in Ungarn am 19. März und am 15. Oktober 1944 angewandten „Lösungen“ ergaben sich – annähernd oder in einzelnen Komponenten für sich – auch in den übrigen drei Staaten des Raumes, beziehungsweise wurden sie in gewissem Sinn auch verwirklicht: zur restlosen Anwendung der ungarländischen „Modelle“ kam es jedoch dort – aus verschiedenen Gründen – nicht.

Diese „Modelle“ hatten aber in Ungarn auch eine Vorgeschichte, zwecks deren Charakterisierung wir auf einige Mosaikstückchen hinweisen wollen.

Am 7. Dezember 1938 formulierte beispielsweise Heydrich in einer an Ribbentrop gesandten Meldung die Ansicht, wonach in der ungarischen Innenpolitik die Unsicherheit nicht liquidiert werden kann, so lange sich die Forderungen der Rechten nicht realisieren.⁷ Drei Monate später aber formulierte sich bereits in den Kreisen des RSHA die Frage: darf ein solches Ungarn weiter bestehen, das im Trüben fischt? Die Lösung der Frage erblickte man darin, dass die ungarische Rechte unterstützt werden muss.⁸ Die Analysen des RSHA, die auch gewisse Absichten festlegten, konkretisierten sich übrigens rasch: im Frühjahr 1939 wurde formuliert, dass die günstigste Lösung eine diktatorische Regierung wäre, die sich auf die Armee stützen würde.⁹

Die Meinungen des RSHA und des Auswärtigen Amtes konnten übrigens ohne besondere Schwierigkeit einander nähergebracht werden, obwohl die nicht offiziellen Gestalter der deutschen Aussenpolitik in der Umreissung von konkreten Plänen schon weiter fortgeschritten waren.¹⁰

Was aber schon während des Krieges geschehen war, das vermochte nicht allein die Zeitnähe mit 1944 zu verbinden: im Frühjahr 1942 brachte z.B. der Reichsverweser vor dem Gesandten des Reichs, Jagow, – ohne Folgen seine Meinung über Werkmeister, einen leitenden Mitarbeiter der Budapester deutschen diplomatischen Mission, zum Ausdruck: er sei sein Feind.¹¹ Der Gesandte hingegen beurteilte gelegentlich der Registrierung der den Gesetzentwurf über den Reichsverweser-Stellvertreter missbilli-

genden Gruppen die Aussichten für einen rechtsextremen Putsch und dessen Folgen ziemlich skeptisch.¹²

Im Jahr 1943 zeichneten sich im übrigen schon die Konturen des Planes einer deutschen Besetzung von Ungarn ab, welche die Hintergrundcharakteristiken des Misstrauens gegenüber der Regierung Kállay bildeten, das auch Hitler Horthy gegenüber zum Ausdruck brachte, der deutsche Aussenminister aber sandte eine Weisung nach Budapest, wonach die Mitglieder der Gesandtschaft keinerlei Beziehungen zum ungarischen Ministerpräsidenten unterhalten dürfen.¹³ Am 3. April 1943 empfahl der Budapester Gesandte des Reichs, dass gelegentlich des Besuchs des Reichsverwesers bei Hitler erreicht werden müsse, dass sich „... der Zusammenschluss der nationalen Kräfte“ verwirkliche, worunter er in erster Linie die Einbeziehung der Imrédy-Partei in die Macht verstand. Die Meinung des Gesandten über diesen Plan war, dass dieser mit Kállay nicht unter Dach und Fach gebracht werden kann. Jagow sprach aber auch über andere Dinge: er unterrichtete den Leiter der Wilhelmstrasse, dessen aussenpolitische Entscheidungen immer mehr auf die Ebene der Göbbelschen Phraseologie gesunken sind, darüber, dass in ungarischen „nationalen Kreisen“ über die Notwendigkeit einer Militärdiktatur gesprochen wird, an der Spitze mit dem aus der militärischen Leitung 1941 ausgeschiedenen früheren Generalstabschef Henrik Werth. Jagow selbst war der Ansicht, dass dies mit dem Reichsverweser kaum durchführbar sei, doch könnte man ihn vielleicht an die Spitze eines Konzentrationskabinetts stellen, dessen Minister sich aus der rechtsgerichteten Opposition rekrutieren würden. Auch Jagows Begründung liess 1944 ahnen: die beiden Modelle zusammengezogen – würde dies alles die Teilnahme an dem Krieg aktivisieren.¹⁴ Und während auch sonstige Exponenten der deutschen Bestrebungen sich im gesteigerten Mass exponierten,¹⁵ bereitete Jagow für den Fall, dass der Einsatz ungarischer Truppen am Balkan verweigert würde – hierzu gab der Reichsverweser nach einem sich ziemlich lang hinziehenden Hin und Her seine Zustimmung schliesslich nicht – den Vorschlag vor, dass man daraus auf Neutralitätsansprüche Ungarns folgern könnte, und somit von Seiten Ungarns das Verhältnis zum Reich geändert würde, was zur Folge hätte, dass Ungarn die rückgegliederten Gebiete verliert und diese durch die Wehrmacht besetzt werden.¹⁶

Dem Vorschlag Jagows, der die rumänischen, kroatischen und slowakischen Beziehungen ausser acht liess, folgte die auch Kompromisselemente enthaltende Proposition des sich bereits in Ungarn aufhaltenden Veessenmayer, obwohl diese auch auf das Programm der extremen Rechten Ungarns zurückgriff.¹⁷ Veessenmayer, der die Tätigkeit der Regierung Kállay für eine Provokation Deutschland gegenüber bewertete, näherte sich der Ansicht Jagows vom Jahr 1943, indem er meinte, man muss den Reichsverweser dazu bringen, eine neue Regierung zu ernennen. Veessenmayer hielt auch das für wichtig, dass an die Seite Horthys ein deutscher General delegiert werden. Als aber Ribbentrop – offenbar nach der Stellungnahme Veessenmayers – von Jagow Vorschläge verlangte, wiederholte der Gesandte im grossen und ganzen die Vorstellungen des späteren Bevoll-

mächtigten, konkretisierte diese jedoch damit, dass er für den Fall, dass sich die Lage weiter verschlimmern würde, abermals die Notwendigkeit einer Militärdiktatur, an der Spitze mit dem Generalstabschef Szombathelyi aufwarf, liess aber den Reichsverweser auch weiterhin nicht fallen.¹⁸

Man könnte es offenbar nur anhand neuerer Forschungen klären, warum das, was in den anderen drei Staaten des Raumes Exponenten der nicht offiziellen Aussenpolitik auf sich nahmen, – wie wir dies sehen werden – sich in Ungarn von vornherein fast ausnahmslos, aber mit Kompromissen belastet als Tätigkeit des Auswärtigen Amtes gestaltete.¹⁹

Freilich müssen wir auch darauf hinweisen, dass unsere Angaben selbst die Spitze des Eisberges nicht repräsentieren, liessen wir doch solche Fragen unbeantwortet, wie z.B. in welchen Ausmass und in welcher Tiefe sich die Deutschen in den ungarischen Staatsapparat, in dessen als harter Kern auffassbares Zentrum eingebaut haben. Auch darüber haben wir nicht gesprochen, aufgrund welcher militärischen, wirtschaftlichen und politischen Gesichtspunkte im wesentlichen die Entscheidung bezüglich der Besetzung Ungarns zustandekam.

Darauf wollen wir aber dennoch hinweisen, dass Veessenmayer, der über einen überraschend umfangreichen Wirkungskreis verfügt hat, ein wesentliches, aber mit der Lage kaum rechnendes Element der Vorstellungen des deutschen Aussenministers gleichsam im Laufe der Dinge korrigiert und mit der sich gestalteten Lage auch untermauert hat, und zwar die Frage der Entwaffnung der ungarischen Armee.²⁰

Auch auf das wollen wir nur ganz kurz verweisen, dass sich nach dem 19. März – wohl nicht sofort – die Konturen des 15. Oktobers bereits abzeichneten: dies wurde bloss durch jene deutsche Meinung gehemmt, dass die extreme Rechte zur Machtübernahme noch zu schwach und zur Versehung der Regierungsgeschäfte noch schwächer ist.²¹

Wir meinen aber auch behaupten zu können, dass sich mehrere Komponenten, die mit dem 15. Oktober in Verbindung gebracht werden können – zum Teil in der Tätigkeit der Regierung Sztójay, beziehungsweise einzelner Regierungsmitglieder, die das Staatsoberhaupt behinderten²² – schon im Sommer 1944 realisiert haben.²³ Die Konturen des Modells vom 15. Oktober erschienen freilich – neben der konkreten Praxis der Besatzungsbehörden – auch in den Drohungen der Deutschen,²⁴ was die Aufrechterhaltung der Beziehungen seitens der Gesandtschaft zu der letzten Reserve des Reiches in Ungarn, der Pfeilkreuzlerpartei,²⁵ eindeutig unterstreich.

Was die Erscheinung der geprüften Modelle in Kroatien betrifft, wurden diese durch den Umstand vielfach als paradox gestaltet, dass gewisse Folgen der Entscheidungen auf höchster Ebene²⁶, welche die Vorteile der deutschen Beihilfe beim Zustandekommen des für selbständig deklarierten Staates aufgaben – wie unter anderem die italienische politische, wirtschaftliche und militärische Gegenwart und der sich zum Teil daraus ergebende ausserordentlich enge Bewegungsraum der kroatischen Führung – von deutscher Seite – wohl mit namhaften Unterschieden – als unerträglich erachtet wurden. Und obzwar die angewandten Mittel

im Zusammenhang mit der für die deutsche Volksgruppe in Kroatien zugesicherten — man könnte sagen — Exterritorialität²⁷ und ihrer Anwerbung für die Waffen-SS die auch in der kroatischen Verwaltung auf niedriger Ebene geschaffenen deutschen Positionen anzudeuten vermochten,²⁸ geriet das deutsche Aussenministerium, das einen gewissen Anschein der kroatischen Staatlichkeit aufrechterhalten wollte, mit anderen deutschen Institutionen — so mit der Wehrmacht und der SS — in einen Konflikt, dessen Lösung, beziehungsweise im weiteren dessen Ungelöstheit, sich auch entscheidungsgeschichtlich sehr interessant gestaltet hat.

In dieser ausserordentlich eigenartigen Lage — in der wir den Bewegungsraum der Regierung Pavelić mit mehreren Elementen des ungarischen Modells nach dem 19. März 1944 charakterisieren können — tauchten die Bestrebungen der Dienststellen in Kroatien mit den kroatischen nationalsozialistischen Kreisen, die der Regierung von rechtsextremer Seite opponierten, eine Verbindung anzubahnen auf.²⁹ Dies beruhe aber auch auf Gegenseitigkeit: einzelne von der kroatischen Führung — wie der Kommandant der Luftwaffe und der Luftfahrtsattaché in Berlin — suchten Beziehungen zu Göring und Himmler beziehungsweise zur Abwehr, wobei sie die Behauptung der kroatischen Nationalsozialisten betonten, wonach die Regierung Pavelić das Land den Italienern verraten habe, daher gestürzt werden müsse, damit Kroatien in eine engere Beziehung zum Reich treten könne.³⁰ Zwei Monate nach dem Besuch Himmlers in Agram aber teilte Pavelić³¹ dem deutschen Gesandten mit, dass er vom Agramer italienischen Gesandten erfahren habe, dass „... in den allernächsten Tagen“ kroatische militärische Kreise „... auf deutschen Befehl“ einen Putsch mit dem Zweck unternahmen werden, ihn (Pavelić) zu stürzen und Kroatien zum Protektorat zu erklären.³² Pavelić' Lage wurde auch dadurch noch erschwert, dass die Ustascha, seit der Staatsgründung neben der aus der Emigration mitgebrachten Innervation auch zu den prätorianischen Aufgaben und sonstigen, z.B. Staatssicherheitsfunktionen in Anspruch genommen wurde und — laut Aussage des Agramer deutschen Polizeiattachés — nur auf ein Zeichen aus Berlin wartete, um in Aktion zu treten.³³

Das auch zum Putsch bereite deutsche Verhalten — dessen einander immer widersprechende Komponenten im Grunde genommen vom Aussenministerium und dem RSHA geformt wurden, deren Analogien auch in Kroatien zwischen der Gesandtschaft und der militärischen Linie beziehungsweise der SS zustandegekommen sind — zeigte übrigens der „Situationsbericht“ Kaltenbrunners, der er an Himmler und ins Aussenministerium sandte an, obwohl dieser dadurch, dass er ihn auch der Wilhelmstrasse mitteilte, an sich ein Antrag für eine Kompromisslösung war. Kaltenbrunner, der Nachfolger Heydrichs an der Spitze des RSHA war der Meinung, dass sich in Agram eine derartige Lage ausgestaltet hat, die „... eine einheitlich gelenkte Aktion erfordert...“ Und obzwar Kaltenbrunner schon einen Tag später seine „Analyse“ abschwächte, indem er die Agramer Situation bloss für eine Regierungskrise betrachtete³⁴ — erforderten die Gegensätze zwischen den beiden miteinander rivalisieren-

den deutschen Faktoren eine Entscheidung auf höchster Ebene. Hierzu kam es Ende August 1943: ein Teil der einen *guerre privée* Führenden stiess in Gegenwart Hitlers zusammen. Ribbentrop und sein Agramer Gesandter sprachen davon, dass eine Änderung bezüglich der Regierung nicht gut wäre, sie würde nur Ungewissheit zur Folge haben und die neue Regierung wäre auch nicht besser.³⁵ Der Aussenminister und der zwecks Berichterstattung heimbeordnete Gesandte beantragten, dass Pavelić auch weiterhin Hüter der deutschen Absichten bleibe. Und während die militärische Führung – an der Besprechung nahmen Keitel, Jodl und Warlimont teil, Himmler und Kaltenbrunner nicht – die Anschuldigungen, die auch eine Kompetenzbefürchtung umfasste – mitanhören musste – die Wehrmacht und die SS politisierte, sie hätten Kontakte zu den kroatischen Nationalsozialisten – erwiderte diese Jodl damit, dass er die Leistungen der kroatischen Armee im Kampf gegen die Partisanen kritisierte, wobei er darauf verwies, dass die Regierung bloss in Agram einen Einfluss habe, im übrigen aber der Staat zerfällt, es gäbe keine Staatsverwaltung – Hitler entschied zu Gunsten des Aussenministers. Dass übrigens die Meinung derer, die sich den Ansichten des Aussenministers widersetzen von jener Hitlers nicht entfernt war, zeigt eine Frage des letzteren: Wie würden es die Kroaten aufnehmen, wenn sich Kroatien nach dem Krieg als autonomer Bundesstaat – mit gemeinsamer Armee, gemeinsamen Finanzen und gemeinsamer Aussenpolitik – dem Reich anschliessen würde. Die Antwort erteilte der Gesandte mit Zustimmung des Aussenministers: Das würden sie nicht akzeptieren, es wäre besser einen unabhängigen Staat mit besonders engen Bindungen auf militärischem und wirtschaftlichem Gebiet aufrechtzuerhalten.³⁶

Um vieles mehr Konsequenzen trug aber der Umstand in sich, dass der SS-Reichsführer die Entscheidung auf höchster Ebene schon am folgenden Tag in Frage stellte, als er dem sich noch immer auf der Wolfsschanze aufhaltenden Gesandten mitteilte, er werde die Werbung für die Waffen-SS in Kroatien fortsetzen, ungeachtet dessen, wie hierüber der diplomatische Vertreter des Reiches in Agram denkt.³⁷ Wir meinen, es erübrigt sich besonders zu betonen, dass die Mitteilung Himmlers stark abstrakt war, diese bezog sich nicht allein auf die Anwerbung, sondern sie stellte auch die Fortsetzung der bisher verfolgten Politik der SS in Aussicht.³⁸ Dies vermag im übrigen nicht allein die Praxis zu bekräftigen, sondern auch die neuere Formulierung der Entscheidung auf höchster Ebene im September 1943, in der Hitler den Vorschlag, wonach der Kommandant der 2. Panzerarmee Ausübender der Exekutivgewalt sei, zurückwies und erklärte, dass die Souveränität des Poglavnik zukünftig nicht berücksichtigt werden muss.³⁹

Indem wir meinen, den relativen Charakter der Durchführung der einander widersprechenden Entscheidungs mosaiken hervorheben zu dürfen, durch den der Handlungsbereich der deutschen Institutionen in Kroatien offenbar schier ins uferlose ausgedehnt wurde, erscheint es für formulierbar, dass die kroatische Episode vom Jahr 1943 – die eher atypisch für die Geschichte des kroatischen Staates zwischen 1941 und

1944 ist – ein Versuch war, der ähnlich dem Modell vom 19. März 1944 an die Umgestaltung vom 15. Oktober und der darauffolgenden Zeit erinnert, und der in gewissen Aspekten auch verwirklicht wurde. Allerdings meinen wir dem letzteren auch das hinzufügen zu müssen, dass dessen Kausalitäten unter anderem auch durch solche Faktoren gestaltet wurden, wie der Erfolg der Partisanenbewegung und die Folgen des italienischen Abspringens.

Durch die den deutschen Ansprüchen entsprechende Deklaration der slowakischen „Staatlichkeit“, beziehungsweise dem im März 1939 unterzeichneten sog. „Schutzvertrag“⁴⁰ geriet die Slowakei in eine Lage, die eine Anwendung eines der beiden ungarischen Modelle, oder auch nur einzelner Komponenten von diesen, kaum begründet hätte: der Bewegungsraum der slowakischen Führung erinnerte an die der Regierung Sztójay, doch erschienen – wie wir sehen werden – auch Erscheinungen, die mit dem 15. Oktober in Zusammenhang gebracht werden können. Eine logische Folge all dessen war es, dass die Mehrgleisigkeit der deutschen „Aussenpolitik“ hier im geringsten Ausmass in Erscheinung trat, und als in Berlin beziehungsweise in Pressburg eine für Deutschland völlig ungefährliche Situation als Krise aufgefasst wurde, konnte diese auch durch die Wilhelmstrasse gelöst werden, ohne dass sie zur Gewährung grösserer Konzessionen für andere deutsche Faktoren gezwungen gewesen wäre.

Die Lage der slowakischen Führung könnten wir vielleicht damit charakterisieren, dass sie das *ius murmurandi* manchmal nur auf der Ebene von Gravamina ausüben konnte, und wenn sie dies auch mitunter auf hohem Niveau tat, vermochte sie – mit gewissen Analogien hinsichtlich der Gestaltung dieses Problems in Ungarn – nicht mehr als einige Zurückhaltung der von seiten Deutschlands geforderten „Endlösung“ auf sich zu nehmen. Minder als das ungarische war auch das Ergebnis der slowakischen Bestrebungen, mit denen sie ihre militärische Anwesenheit an der sowjetischen Front einigermassen einzuschränken wünschten. Das alles können wir noch damit ergänzen, dass sich die Deutschen in den slowakischen Staatsapparat noch tiefer eingebaut hatten als in jenen Kroatiens, und hiervon, ausser den in dieser Hinsicht schon als „traditionell“ ansprechbaren Institutionen, auch das Aussenministerium seinen Teil herausnahm.

Auch das vermag die unvergleichlich schwierigere Lage der slowakischen Führung als die der Regierungen der drei anderen Länder zu veranschaulichen, dass das, was die Deutschen in kritischeren oder als solche aufgefassten Situationen bei Horthy und Ion Antonescu angewendet haben – Einladungen zu Hitler – das wiesen sie im Falle derartiger slowakischer Initiativen wiederholt in bröckelster Weise, derb zurück. Staatssekretär Weizsäcker sagte einmal zum Berliner Gesandten der Slowakei, als dieser auf eine Einladung des Staatsoberhauptes Tiso und des Ministerpräsidenten Tuka drängte, der Führer befasse sich mit derartigen Detailfragen nicht.⁴¹

Am gleichen Tag aber – es war der 23. August 1939 – an dem der Berliner Gesandte der Slowakei in der Wilhelmstrasse darüber sprach,

dass Deutschland die im Ausland kolportierten Gerüchte, wonach die Slowakei ein „Geschäftsobjekt“ der deutschen Politik sei, dementieren müsste,⁴² sandte der zuständige stellvertretende Staatssekretär folgende Weisung an den Pressburger Gesandten des Reichs: man könne mit einer polnischen Aktion gegen die slowakische Grenze rechnen und zwecks Vermeidung einer Überraschung „... ersucht die deutsche Regierung die slowakische Regierung, sie möge ihre Zustimmung dazu geben...“, dass Deutschland über die slowakische Armee verfügt und nötigenfalls für die slowakische Luftwaffe ein Startverbot anordnet. In der Anweisung wurde der Gesandte dazu ermächtigt, als Rekompensation eine Garantie der slowakischen Grenze gegenüber Ungarn in Aussicht zu stellen.⁴³

Als aber in der slowakischen Führung im Frühjahr 1940 einige Umbesetzungen vorgenommen wurden, deren Auswirkungen nach Berliner Ansicht nachteilig waren, wandte man im Auswärtigen Amt sozusagen die spätere Formulierung Kaltenbrunners in Bezug auf Kroatien an: Wörmann, der Stellvertreter des Staatssekretärs Weizsäcker stellte fest, dass „... die Gestaltung der slowakischen Lage eine sofortige deutsche Intervention erfordert.“ Wörmann war der Meinung, man wolle sich in der Slowakei weiterhin nicht einseitig auf Deutschland stützen, sondern man möchte mehrere Möglichkeiten offen lassen. Wörmann wies in seiner Begründung auch auf ungarische Anschuldigungen hin, welche die Slowakei betreffen: gewisse Elemente arbeiten dort mit der Sowjetunion zusammen. Obwohl Wörmann in seinem für Ribbentrop erstellten Vorschlag als ein Ziel der deutschen Aktion die Wiederherstellung des Zustandes vor der Personenänderung bezeichnete, ging er in einzelnen Punkten weit darüber hinaus, so urgierte er z.B. die Ausschaltung aller deutschfeindlichen und jüdischen Elemente aus dem slowakischen auswärtigen Apparat. Als Gegenleistung wollte der stellvertretende Staatssekretär lediglich eine Erklärung in Aussicht stellen, die noch weniger geboten hätte als die seitens Hitlers bereits revidierte Formulierung einer Garantie der slowakischen Grenzen: das Gerücht, wonach die Slowakei zwischen Deutschland und Ungarn aufgeteilt werde, sei eine pure Erfindung.⁴⁴ Und während das Auswärtige Amt durch Ministerpräsidenten Tuka das gesteckte Ziel zu fördern trachtete, wollte man von deutscher Seite die Lage, die an das Sztójay-Modell und an die Tätigkeit Veessenmeyers vom Jahr 1944 in Ungarn erinnerte, auf Parteiebene lösen, mit neueren, abermals an das Modell vom 19. März erinnernden Mitteln: Borman erarbeitete einen Entwurf, demnach die Pressburger deutsche Gesandtschaft aufgelassen würde und an deren Stelle ein Bevollmächtigter entsendet würde „... mit einem Stab“. In der Wilhelmstrasse war man bezüglich der Konzeption Bormans der Meinung, dass diese Lösung den Einfluss des Auswärtigen Amtes in der Slowakei im hohen Ausmass schwächen würde und hielten einen Kompromiss für besser, demnach die hierzu ausersehene Person als Gesandter nach Pressburg ginge.⁴⁵ Offenbar trug auch der Vorschlag Bormans dazu bei, dass Ribbentrop über seine Stellungnahme, die sich im früheren Rahmen des Auswärtigen Amtes bewegte, im Juli 1940 hinausging, ebenso aber auch über die angewandten Mittel, als er seine Forderungen neu registrierte: unter diesen formulierte

er die neue Forderung, dass das Reich zwecks Umgestaltung der slowakischen Politik] Verwaltungs-, Polizei- und Propagandaberater mit der Aufgabe in die Slowakei entsendet, dass diese „... alle Massnahmen ... kontrollieren und beeinflussen“. ⁴⁶ Die Frage ist freilich die, warum der deutsche Aussenminister weitere Berater entsenden wollte, wurde doch die Slowakei schon 1939 mit solchen überflutet – Heydrich teilte z.B. am 29. Juni 1939 dem Aussenministerium mit, dass er eine Mission mit der Aufgabe nach Pressburg entsendet, der slowakischen Polizei in der „... Bekämpfung der politischen Kriminalität“ behilflich zu sein. ⁴⁷ Somit können wir den Beschluss Ribbentrops von diesem Aspekt aus eher als einen Scheiterversuch der Bormanschen Vorstellungen betrachten.

Die Lösung der sich 1940 ausgestalteten Lage vollzog sich schliesslich von deutscher Seite kompromissartig, doch waren deren wichtigere Auswirkungen seitens des Auswärtigen Amtes durch die auf Personen ausgerichtete Politik gestaltet. ⁴⁸ Eher die Folgen als den Inhalt dieses Kompromisses lieferte auch der Umstand, dass als der slowakische Gesandte in Berlin darauf verwies, dass man jene Personen, die den deutschen Ansprüchen entsprechen, an Erfolgen teilhaftig machen müsste, die Antwort so lautete, dass die Vorstellungen der Slowakei im Zusammenhang mit Ungarn nicht aktuell seien. ⁴⁹

Was hingegen die Periode des Krieges beriff: gestaltete sich im Gegensatz zur Wirrnis der deutschen Kapazitierung zum Kriegseintritt Ungarns gegen die Sowjetunion – die deutscherseits durch eine Enthaltung des Angebotes einer Rekompensation, ungarischerseits hingegen durch das Drängen auf eine solche motiviert war – die Lage in der Slowakei anders, indem die slowakische militärische und politische Führung auf einem gemeinsamen Nenner ihren – übrigens offenbar formalen – Entschluss gefasst hat. ⁵⁰ Eine innenpolitische Folge der Kriegserklärung an die Sowjetunion war in der Slowakei, dass gewisse Elemente des Sztójay-Modells auch an die Geschehnisse nach dem Szálasi – Putsch erinnerten, ⁵¹ das aber war eine bedeutende Differenz gegenüber Ungarn, dass beispielsweise Ministerpräsident Tuka selbst den Einsatz jener Divisionen betrieb, die bereits auf sowjetischem Boden, aber noch im Hinterland standen. ⁵² Auch die Rückbringung ihrer Einheiten warfen sie erst im Dezember 1941 auf, dann aber urgieren sie diese wiederholt – eine Zeitlang ohne Erfolg. ⁵³ Was aber die Durchführung einer „Lösung“ der Judenfrage in der Slowakei betrifft, war man mit dieser von deutscher Seite – ähnlich wie in Ungarn und Rumänien – bei weitem nicht zufrieden: kennzeichnend für die Lage mag der Bericht des Pressburger deutschen Gesandten vom 26. Juni 1942 sein, demnach die Deportierung der jüdischen Einwohner aus der Slowakei – teils infolge kirchlichen Einflusses, teils wegen Korruptionsmöglichkeiten – auf einen toten Punkt gelangt sei, der Ministerpräsident habe aber beim Gesandten um „... einen kräftigen diplomatischen Druck ...“ des Reiches gegenüber seiner eigenen Regierung zwecks Fortsetzung der Aktion angesucht, ⁵⁴ was gewissermassen mit der Horthy überrendenden Tätigkeit des Veesenmayer-Sztójay – Duos verglichen werden kann.

Wir sind der Meinung, dass die Prüfung der Frage, der Vergleich im Falle Rumäniens am interessantesten ist, wo die beiden Kulminationspunkte der seitens der Deutschen, genauer von seiten der SS erfolgten Unterstützungen der Eisernen Garde – im Jahr 1938 und im Januar 1941 – beziehungsweise die spätere – man könnte sagen – Warmhaltung der Garde mit dem 15. Oktober vergleichbar sind, einen Versuch darstellten, der im Endergebnis mit einem Fiasko endete, dessen Vorteile die rumänische Führung ausnutzen konnte, obwohl am Landesgebiet seit 1940 deutsche Truppen – „Ausbildungstruppen“ – stationiert waren. Die beiden Antonescus vermochten es nämlich – während sich die rumänische Armee unter den vier Staaten im höchsten Ausmass in den Krieg gegen die Sowjetunion eingeschaltet hat, da sie hofften die deutsche Gunst zu gewinnen und deren Folgen nutzbringend anlegen zu können – unter Berufung auf die deutsche Unterstützung der Garde zu verhindern, dass sich in die wichtigsten Zentren des Staatsapparates die Exponenten des Reichs einbauen können. Und dass sich all dies am 23. August 1944 am entscheidendsten durchgesetzt hat, ist zweifellos. Doch kann dies auch damit noch ergänzt werden, dass im Vergleich der diplomatischen Tätigkeit der vier untersuchten Länder – nachdem ein militärischen Sieg des Reiches immer unwahrscheinlicher wurde – die rumänische auf höchstem Niveau stand, beziehungsweise Rumänien die günstigsten Mittel angewandt hat um den deutschen Forderungen das Gleichgewicht zu halten. Diese unerhört komplizierte und sich fast ständig ändernde Situation gestaltete jedoch der Umstand noch komplizierter, dass die beiden gegen die Sowjetunion verbündeten Staaten- Rumänien und Ungarn – miteinander einen „merkwürdigen Krieg“ austrugen, gleichsam eine Front hinter der Front bildend, mit deren sämtlichen militärischen und politischen Folgen, was aber die militärische und politische Führung der beiden Länder wiederum zu einer sonderbaren Argumentationsmöglichkeit verhalf, die in Rumänien um vieles integrierter war als in Ungarn. Diese Möglichkeit war aber, dass sich beide Länder von dem anderen bedroht fühlten, und unter Berufung darauf konnten sie für die Rückbringung ihrer Truppen von der östlichen Front und gegen die Entsendung neuerer argumentieren.

In unserer Studie wollen wir uns im weiteren natürlich nur auf die Analyse jener Momente beschränken, die mit den ungarischen Modellen vergleichbar sind, und über diesen Rahmen wollen wir nur dort hinausgehen, wo wir in der deutschen Politik Parallelen entdeckten, die Rumänien und Ungarn in gleicher Weise betreffen, beziehungsweise wo wir auf das gleiche in den auf die Handlungen des Reichs erteilten Antworten hinweisen können.

Was die näheren Auswirkungen unserer Fragen betrifft, fällt neben der Unterstützung der Eisernen Garde der fast ultimative Charakter der deutschen Aussenpolitik in rumänischer Relation auf: von rumänischer Seite wurde z.B. im März 1939 gegenüber dem deutschen Gesandten in Bukarest aufgeworfen, dass im Falle eines Konflikts Deutschland zwecks Verschaffung der rumänischen Ölquellen von ungarischem Gebiet aus angreifen würde. Der Gesandte antwortete damals, dass falls sich Rumä-

nien wirtschaftlich den deutschen Ansprüchen gegenüber für grosszügig erweist, eine derartige Aktion überflüssig sei.⁵⁵ Drei Monate später aber erteilte Weizsäcker, vor der Reise des rumänischen Aussenministers nach Ankara, dem deutschen Gesandten in Bukarest die Anweisung, dass er – in Anbetracht der türkisch-englischen Vereinbarung – dem Leiter der rumänischen Diplomatie wissen lasse, dass alles, was er in Ankara unternimmt, für die rumänisch-deutschen Beziehungen bestimmend ist.⁵⁶ Nach dem Kriegsausbruch wurde Rumänien auch durch Einstellung der Waffenlieferungen pressioniert eine Neutralitätserklärung abzugeben.⁵⁷ Aber in ähnlicher Tonart war auch der Brief Hitlers an den rumänischen König im Sommer 1940 abgefasst.⁵⁸ Im September 1940 hingegen empfahl der Gesandte Fabricius – der in den zur Eisernen Garde angebahnten Beziehungen eine bedeutende Rolle übernahm und deshalb später auch abberufen wurde – Ion Antonescu, in einer an die Budapester Rolle Veessenmayers erinnernden Art und Weise, er möge die Umgebung des Königs „... mit diktatorischen Mitteln ...“ entfernen.⁵⁹

Und dies alles wurde noch damit ergänzt, dass deutscherseits der Ausbau der Beziehungen zur primären Organisation des rumänischen Faschismus – zur Eisernen Garde – in einer die andren drei Länder übertreffenden Art und Weise erfolgt ist.

Der Bukarester Gesandte des Reichs erwog schon im Sommer 1936 einen mit deutscher Unterstützung durchzuführenden Putsch, obwohl seine über den Ausgang dessen geformte Prognose im grossen und ganzen mit der Meinung übereinstimmte, die Jagow und Veessenmayer in ähnlichen Fragen formuliert haben.⁶⁰ Fabricius vermochte aber seine diesbezügliche Meinung – wir haben darauf bereits hingewiesen – ohne weiteres mit seinem die Eiserne Garde unterstützenden Verhalten vereinbaren: aufgrund der Quellen können wir nicht annehmen, dass der Gesandte keine Kenntnis davon hatte, dass Codreanu und seine Bewegung, die selbst im parlamentarischen Rahmen antiparlamentarisch war und die deutsche nationalsozialistische Partei in einem das Copyright verletzenden Weise nachahmte, in ihrer permanenten Vorbereitung auf den Putsch politische Mittel immer nur sekundär angewandt hat.⁶¹

Die Meldungen des Gesandten Fabricius berichteten eingehend über den Verlauf des gegen Codreanu eingeleiteten Prozesses, aber auch darüber, dass er seine Beziehungen zu den noch auf freiem Fuss befindlichen Mitgliedern der Garde nach wie vor aufrechterhält. Eine direkte Intervention im Interesse des Beschuldigten hielt er nicht für zweckmässig, das aber doch, dass er beim König politische Pressionen anbringe.⁶² Und nachdem die rumänischen Erhebungsorgane zu genauen Daten gelangt waren, wie die Eiserne Garde von Deutschland aus finanziert wurde, und als sie die Waffenlager fanden, die ebenfalls das Reich aufgefüllt hat, blieb dem Bukarester Gesandten des Reichs nichts anderes übrig als die Worte des rumänischen Aussenministers zur Kenntnis zu nehmen, der ihm versicherte, dass sie den politischen Skandal vermeiden werden.⁶³

Eine eingehendere Analyse dieser Frage können wir hier und jetzt nicht für unsere Aufgabe betrachten, wir beschränken uns bloss darauf zu

erklären, dass die Garde auch zwischen 1938 und Januar 1941 die Unterstützung der verschiedenen deutschen Institutionen – die zweifellos von unterschiedlicher Intensität waren – nicht verloren hat und dass der Reichsaussenminister auch nach der im Januar 1941 erfolgten Niederwerfung des Legionsputsches seinem Bukarester Gesandten eine Anweisung zugehen liess, die eher einen in Berlin ausgehandelten Kompromiss zum Ausdruck brachte, als dass er in allen Ländern des Raumes akzeptiert worden wäre – allein in der Slowakei wich man davon einigermassen ab – für den rumänischen Repräsentanten der auf eine Person setzenden deutschen Aussenpolitik: Ion Antonescu.⁶⁴ Die bereits erwähnten Folgetauchten aber rasch auf. Am 25. April 1941 verständigte Heydrich Ribbentrop davon, dass er den SD aus Bukarest abberufen hat.⁶⁵ Antonescu hingegen verwies die Leiter mehrerer deutschem Konsulate aus Rumänien aus dem Lande.⁶⁶ Und obzwar Hitler dem Ansuchen Antonescus um Auslieferung der sich in Deutschland aufhaltenden Führer der Legion nicht nachkam – diese verhalf der SD nach dem missglückten Putsch zur Flucht aus Rumänien – erklärte Mihai Antonescu einmal vor dem deutschen Gesandten, dass in Rumänien jedes einzelne Mitglied der SS und des SD der Kollaboration mit der Legion verdächtigt wird, und wenn der Polizeiattaché die Anzahl seiner unmittelbaren Mitarbeiter erhöhen wollte, würde sich Marschall Antonescu an Hitler wenden.⁶⁷

Und als Horia Sima, der Führer der Gardistenemigration in Deutschland, der als Nachfolger Codreanus betrachtet werden kann, nach Italien floh, erklärte Antonescu dem deutschen Gesandten in Bukarest: „... man muss die Rumänienpolitik Deutschlands klären ... es sei ein Ding der Unmöglichkeit, dass Deutschland ihm gegenüber eine Opposition in Reserve halte ...“⁶⁸

Und obwohl wir in diesen Auswirkungen und Folgen des rumänisch-deutschen Verhältnisses in den übrigen Ländern des Raumes kaum Analogien finden können, müssen wir auch darauf verweisen, dass demgegenüber die Folgen der unsicheren innenpolitischen Situation Ion Antonescus – die ausser der Garde auch von sonstigen Faktoren gefährdet war – auch auf den Kriegseintritt Rumäniens gegen die Sowjetunion ausgewirkt haben. Dessen Antezedentien traten im Frühherbst 1940 zutage: Ion Antonescu führte am 16. September 1940 ein interessantes Gespräch mit dem Bukarester deutschen Gesandten – Rumänien verlangte unter Hinweis auf die bedrohliche Lage, man möge die deutsche Garantie erkenntlich machen und eine deutsche militärische „Mission“ möge die dem rumänischen Heer zu leistende Unterstützung realisieren. Die Grössenordnung der „Mission“ verlangte man rumänischerseits in einer Division. In der Unterredung kam aber auch ein Ausdruck vor, der später wieder nutzbringend werden konnte: eine deutsche Beteiligung im rumänischen Generalstab ist hingegen nicht erwünscht.⁶⁹ Die deutsche Antwort liess nicht lange auf sich warten: da es auch deutsche militärische Kreise betonten, dass für Ion Antonescu die Anwesenheit deutscher Truppen wichtiger sei als die zu liefernden Waffen,⁷⁰ hat Hitler dementsprechend entschieden, indem er betonte, dass die Aufgabe der zu entsendenden Truppen der

Schutz der Ölquellen, die Vorbereitung des rumänischen Heeres „... für bestimmte Aufgaben ...“ und – was das Wichtigste war – die Bereitstellung der deutschen und rumänischen Truppen für den Einsatz in den gegen die Sowjetunion zu führenden Krieg sei.⁷¹ Übrigens ist es vielleicht nicht uninteressant zu erwähnen, dass die letztere das unmittelbare Motiv für den Eintritt Ungarns in den Krieg gegen die Sowjetunion war.

Wichtig ist es hervorzuheben, dass die in Rumänien eintreffenden deutschen Truppen – ungeachtet dessen, dass der ungarische Generalstab im Rahmen einer Zusammenfassung der Meinung war, dass Rumänien zu einem besetzten Land geworden sei und demnächst „... das Schicksal der Slowakei erleiden wird,“⁷² keine Rechte ausübten, die einer Besatzungsfunktion ähnlich gewesen wären.⁷³ Somit kann die Rolle, der im Jahr 1940 nach Rumänien gebrachten deutschen Truppen, die 1941 schon die Stärke einer Armee bildeten,⁷⁴ keineswegs mit dem 19. März in Zusammenhang gebracht werden; wir sind der Meinung, dass die Beschattung der beiden Länder von deutscher Seite bis zum 19. März 1944 im politischen, militärischen und wirtschaftlichen Sinn im grossen und ganzen einander ähnlich war. Nachher traten hingegen wesentliche Unterschiede zutage: in Rumänien kam es nicht zu derartigen Einschränkungen des Bewegungs- und Handlungsraumes wie dies in Ungarn durch die Besetzung und durch die Erzwingung der Regierung Sztójay von deutscher Seite erfolgt war. Das kann nur damit korrigiert werden, dass Ungarn durch die Ernennung der Regierung Lakatos für kurze Zeit über die Lage Rumäniens vor dem 23. August gelangt ist.

Indem wir hervorgehoben haben was vergleichbar ist, wollen wir auch darauf hinweisen, dass in den Reaktionen der ungarischen und der rumänischen Politik auf die deutschen Absichten und Handlungen bedeutende Unterschiede zu verzeichnen sind, und dies nicht allein in der Betonung. Rumänien gestaltete z.B. die Bedingungen des Eintritts in die Waffen-SS in einem solchen Ausmass bürokratisierbar, dass es ihm gelang für sich den Status eines beigeordneten Partners zu sichern.⁷⁵ Rumänischerseits verhandelte man in der Mehrzahl der Fälle auch über wirtschaftliche Fragen gewandter und härter als die Partner Deutschlands in Ungarn.⁷⁶ Trotz dem allen brachten sie wiederholt auch das zum Ausdruck, dass sie eine Unterstützung der strategischen Zielsetzungen der rumänischen Aussenpolitik mit neueren wirtschaftlichen Kraftanstrengungen erwidern würden.⁷⁷

Im übrigen meinen wir den wesentlichsten Unterschied in dem zu den angelsächsischen Mächten Beziehungen suchenden Verhalten entdecken zu können, und nicht allein darin, dass im Verlauf dessen das Niveau der rumänischen Aussenpolitik jenes der ungarischen bei weitem übertraf, sondern auch darin, was man ungarischerseits auch mitunter nur schwer zu unternehmen wagte, dass sie nämlich auch versuchten die deutsche Führung zu überreden. (Inwieweit dies real war oder utopistisch, werden wir sehen.)

Die in den neutralen Staaten akkreditierten deutschen diplomatischen Missionen meldeten schon im Jahr 1942, dass von seiten Rumäniens Kontakte zu den westlichen Mächten gesucht werden. Und das war man

deutscherseits ausserstande zu entscheiden, ob dies mit Kenntnis des Marschalls oder ohne dieser erfolgte, jedenfalls deckte dies der stellvertretende Ministerpräsident Mihai Antonescu einerseits, andererseits verband er es mit dem Argument, mit dem er auf Deutschland einzuwirken wünschte, dass man nämlich im Krieg nicht nur militärische, sondern auch politische Mittel einsetzen muss. Ribbentrop informierte bereits Mitte Oktober 1942 seinen Bukarester Gesandten darüber, dass der Stellvertreter des rumänischen Ministerpräsidenten mit Gesandten neutraler Staaten über Friedensmöglichkeiten spricht, was den Eindruck machen könnte, dass die rumänische Regierung „kriegsmüde“ sei und an dem Endsieg zweifle. Im übrigen wünschte der Aussenminister dem stellvertretenden Ministerpräsidenten mitzuteilen, dass allein die Kapitulation der Feinde des Reichs die Grundlage für eine Beendigung des Krieges sein kann.⁷⁸ Im Frühling 1943 übertrafen die deutschen Anschuldigungen gegen den stellvertretenden Ministerpräsidenten alles, mit dem sie den ungarischen Ministerpräsidenten, Miklós Kállay, angegriffen haben.⁷⁹

Das Wesentliche der Bestrebungen der rumänischen Diplomatie kann übrigens das Gespräch repräsentieren, das der Madrider Gesandte des Landes mit seinem dortigen deutschen Kollegen geführt hat. Im Laufe dieses Gesprächs erklärte der rumänische Diplomat, dass die über ihn verbreiteten Gerüchte unbegründet sind, er habe nur so viel getan, dass er nach seiner Rückkehr aus Bukarest vor mehreren Mitgliedern des Madrider diplomatischen Korps die bolschewistische Gefahr hervorgehoben hat und betonte, dass sich *alle* (Heraushebung von mir: Gy. V.) europäischen Länder gegen die Sowjetunion zusammenschliessen sollten.⁸⁰ Und während das deutsche Auswärtige Amt den stellvertretenden Ministerpräsidenten – ähnlich wie Kállay – förmlich ummauerte, indem es der Gesandtschaft einen Kontakt jedweder Form mit ihm untersagt und auch die italienische Führung überredet hat, ihn in Rom nicht zu empfangen,⁸¹ entstand eine interessante rumänisch-ungarische Parallele: die beiden am heftigsten angegriffenen Personen – Mihai Antonescu und Kállay – wurden von jenen in Schutz genommen, die damals hinsichtlich der deutschen Interessen noch als unentbehrlich und unersetzlich galten: vom Marschall und vom Reichsverweser. Ein Unterschied bestand freilich auch hier: der rumänische „Staatsführer“ liess durch seinem Sicherheitschef dem deutschen Gesandten mitteilen, dass er aus Berlin unzureichend informiert wird, wenn er besser orientiert werden würde, hätte es Mihai Antonescu nicht nötig andere Informationsquellen in Anspruch zu nehmen.⁸² Horthy tat in seinem an Hitler geschriebenen Brief das gleiche, doch blieb dessen Niveau weit hinter der rumänischen Reagierung zurück.⁸³

Die über die Reagierungen von Horthy und Ion Antonescu entstandenen deutschen Meinungen waren offensichtlich auch in der Beziehung entscheidend, warum sich 1944 die Beurteilung der beiden Länder so unterschiedlich und deren Folgen für Ungarn so katastrophal gestalteten. Horthys Brief kommentierte der deutsche Aussenminister zusammenfassend wie folgt: Der Reichsverweser will Kállay offenbar nicht fallen lassen, was darauf zurückgeführt werden kann, dass er die defätistische

Politik seines Ministerpräsidenten gutheisst.⁸⁴ Anders gestaltete sich hingegen die Beurteilung des Marschalls, obwohl ein in Bukarest vom 1. November 1943 datierter Gesandtschaftsbericht es expressis verbis aussprach, dass das Verhalten Ion Antonescus von den Geschehnissen an der Ostfront abhängig ist. Der Bericht vom Charakter einer Anklageschrift hätte übrigens auch gegen das ungarische Verhalten gerichtet sein können: in Rumänien versucht man sich mit den Angelsachsen zu verständigen, noch bevor die Sowjetarmee die rumänische Grenze erreichen würde, die Presse spricht nicht mehr von einem Heiligen Krieg gegen die Sowjetunion, sondern davon, dass dies ein „erzwungener“ Kampf sei, und auch die Massnahmen gegen die Juden schiefen ein. Der wegen seiner Unorientiertheit später vielfach angegriffene deutsche Gesandte, Killiger, fasste seinen Lagebericht damit zusammen, dass die rumänischen Verhältnisse nur dann stabilisiert werden können, wenn die sowjetischen Truppen zum Stehen gebracht werden. „Es besteht keine akute Gefahr, doch eine Gefahr besteht ...“ — schloss der Gesandte seinen Bericht.⁸⁵ Am 5. Dezember 1943 wiederholte hingegen schon Ion Antonescu selbst vor dem deutschen Gesandten die Stereotypen des Stellvertreters seines Ministerpräsidenten, indem er erklärte: „... Deutschland hat in den besetzten Gebieten, aber auch unter seinen Verbündeten nur wenig Freunde, weil es seine Vorstellungen über das künftige Europa geheimhält ...“. Marschall Antonescu machte sich offenbar auch seine Impressionen gelegentlich seiner häufigen Besuche bei Hitler nutzbar, indem er erklärte: in Berlin spricht man wiederholt darüber, dass vor neueren militärischen Erfolgen von einer Friedensinitiative keine Rede sein kann, das verstehe er, doch wenn dies nicht zu erreichen ist, muss dennoch etwas geschehen — *auf politischem Gebiet*.⁸⁶ (Heraushebung von mir. Gy. V.)

Die sich weiter primitivisierenden konkreten deutschen Antworten⁸⁷ boten offenbar einen geringeren oder sogar auch einen ausser acht lassbaren Grund im Vergleich zu den Geschehnissen an der Ostfront zu der Äusserung, die Ion Antonescu im Januar 1944 tat, wonach er an einen deutschen Sieg glaube, er wäre jedoch ein schlechter Paterfamilias, wenn er nicht an den entgegengesetzten Fall denken, und keine Beziehungen zu der anderen Seite aufnehmen würde.⁸⁸

In unserer Studie wollen wir natürlich nicht das Kausalitätssystem des Erfolges des rumänischen Abspringens und des Fehlschlags dessen ungarischer Parallele auflösen — hierzu berechtigt uns auch das uns zur Verfügung stehende Quellenmaterial nicht — aber die bisher berührten Unterschiede ermöglichen es vielleicht — samt den offensichtlichen Parallelen — zu behaupten, dass obwohl die rumänischen Initiativen den verschiedenen deutschen Institutionen zumindest in einem solchen Ausmass bekannt waren, wie deren ungarische Parallelen,⁸⁹ irrten sich — unseres Erachtens — die Formulierer der verschiedenen deutschen Beurteilungen, die auf Ion Antonescu persönlich und auf dessen tatsächlichen oder vermeintlichen Positionen gebaut hatten, ganz besonders dort, wo sie die relative Intaktheit der verschiedenen rumänischen Entscheidungszentren — Regierung, Generalstab, Sicherheitsdienst — zu wenig beachteten. Die

auf den Marschall setzende deutsche Politik entdeckte in diesen keine Elemente, mit denen die deutschen Absichten, im Falle einer Ablösung der Schlüsselfigur, nicht rechnen könnten.⁹⁰ Aus den improvisierten Antworten Hitlers können wir ausser seiner Überraschung – das Abspringen Italiens traf ihn ebenso überraschend – darauf schliessen, dass er eher von Massnahmen einen Erfolg erwartete, die an das Sztójay-Modell erinnern können, als vom Einsatz der rumänischen Rechtsextremen, was in der gegebenen Lage kaum für real erscheint.

Im Falle Rumäniens erscheint demnach das Modell des 15. Oktobers zweimal und einmal Elemente, die mit dem 19. März in Verbindung gebracht werden können, die ersteren als Gefahr, das letztere als eine Drohung ohne realem Inhalt.

Wir verwiesen bereits auf die in der Aussenpolitik der Länder dieses Raumes in Erscheinung tretenden Unterschiede des Niveaus, und auch darauf, dass die Handlungen der vier Länder, – namentlich aber jene Rumäniens – von diesem Gesichtspunkt aus die Manifestationen jener Macht, deren Übergewicht die Durchsetzung eines derartigen Vorteils nicht ermöglichte.⁹¹

Was aus dieser Sicht die deutsche Aussenpolitik betrifft, „lebte“ diese – wenn wir sie als Kompromisse verschiedener Faktoren auffassen – allein aus ihrem Übergewicht, ihre Handlungen waren durch die primitive Erpressung und Bedrohung gekennzeichnet, selbst wenn sie die bi- und multilateralen Gegensätze dieses Raumes ausnutzen konnte. Die gleiche Niveaulosigkeit charakterisierte auch die Formulierung ihrer Versprechungen für die ferne Zukunft. Als aber der Wettlauf um die Gewinnung der Gunst des Reiches die Merkmale eines entgegengesetzten Prozesses annahm, antwortete sie für gewöhnlich mit Improvisationen, sie liess es zu, dass man sie überrasche. Dies war sogar in Ungarn verspürbar, und zwar gelegentlich der Ernennung der Regierung Lakatos. Das hingegen, dass es zur klassischen Anwendung „unserer Modelle“ dennoch nur in Ungarn kam, kann – neben den für objektiv dünkenden Faktoren – auch als das Endergebnis einer Reihe von Faktoren aufgefasst werden, dass auch subjektive, also modifizierbare Komponenten hätte haben können.

ANMERKUNGEN

¹ Am 25. Oktober 1938 berichtete z.B. eine aus nicht diplomatischer Quelle stammende Mitteilung des Reichssicherheitshauptamt (im folgenden: RSHA), das die erste Institution der deutschen Aussenpolitik regelmässig in Frage zu stellen vermochte, darüber, dass Ministerpräsident Imrédy unter anderem die Bildung eines aus drei Mitgliedern bestehenden Direktoriums plant, dessen zwei Mitglieder – neben dem Aussenminister – keine anderen wären, wie der Chef des Generalstabs und der Minister für Landesverteidigung. Bundesarchiv Bonn (im folgenden: B), Politisches Archiv (im folgenden: PA). Auswärtiges Amt (im folgenden: AA), Politische Abteilung (im folgenden: Pol. Abt.). Pol. IV. 509. 424662–65. Über das RSHA vgl. z. B. Heinz Höhne: Der Orden unter dem Totenkopf. Die Geschichte der SS. 1966. In diesem Zusammenhang ist es nicht uninteressant zu erwähnen, über was der ungarische Aussenminister den Gesandten Deutschlands in Budapest informierte: Die engere Regierung bildet ausser ihm der Reichsverweser, der Ministerpräsident, der Minister für Landesverteidigung, der Innenminister und der Generalstabchef. B PA AA Büro des Staatssekretärs (im folgenden: Büro), Akten betreffend Ungarn,

- Band I. 52085–86. Die weitere Gestaltung der Frage steht übrigens im Zusammenhang mit der Vorgeschichte unserer untersuchten Modelle in Ungarn, daher besprechen wir diese in jenem Rahmen. Wir wollen noch erwähnen, dass die Schriften mit dem Signo „betreffend Ungarn“ zum Teil im Dokumentenband A Wilhelmstrasse és Magyarországon (Die Wilhelmstrasse und Ungarn) veröffentlicht wurden. Dieser wurde von György Ránki und seinen Mitarbeitern herausgegeben. Budapest, 1968. Im Interesse der einheitlichen Bezeichnung weisen wir auf die hier veröffentlichten Schriften nicht besonders hin.)
- ² Eingehender über die Frage vgl. vom Verfasser: A hadsereg politikai funkciói Magyarországon a harmincas években (Die politischen Funktionen des Heeres in Ungarn in den dreissiger Jahren). Budapest, 1983.
- ³ Neben Ungarn will ich drei Länder von diesem Gesichtspunkt aus untersuchen: Kroatien, die Slowakei und Rumänien.
- ⁴ Als Beispiel dafür kann der kroatische Gesandte in Berlin dienen, der kaum zwei Wochen nach dem Zustandekommen des Staates gegenüber dem stellvertretenden Staatssekretär im Auswärtigen Amt erklärte: Das Schicksal Kroatiens kann nur eine, mit dem Reich geschaffene und dem tschechisch-mährischen Protektorat ähnliche Verbindung lösen. B PA AA Büro. Akten betreffend Kroatien. Band I. 161905. Wir können aber die Aufzählung auch mit Bárdossy, dem ungarischen Gesandten in Bukarest fortsetzen, der am 26. August 1940 seinem dortigen deutschen Kollegen erklärte: er sehe ein, dass Ungarn in diesem Krieg wenig für das Reich leistete, dass die Verweigerung des Durchmarsches im September 1939 deutsche Verluste verursacht hat, dass die ungarische Regierung für die Karpaten-Ukraine dem Führer nicht gedankt hat, dass die deutschen Minderheiten in Ungarn magyarisiert werden, dass die polenfreundliche und anglophile Politik für Deutschland unerträglich ist, dass das „... jüdisch plutokratische und feudale System“ Ungarns engere Beziehungen zum Dritten Reich von vornherein unmöglich macht. A. a. O. Akten betreffend Rumänien. Band 3. 135491–92. Freilich können wir das mit der die Pläne der ungarischen militärischen Führung, namentlich aber die des Generalstabschefs Henrik Werth unterstützenden Tätigkeit Sztójays im Juni 1941 vergleichen, als der frühere Bukarester Gesandte schon ungarischer Ministerpräsident war. Vgl. z.B. Diplomáciai iratok Magyarországon külpolitikájához, V. Magyarországon külpolitikája a nyugati hadjáratától a Szovjetunió megtámadásáig, 1940–1941 (Diplomatische Schriften über Ungarns Aussenpolitik, V. Die Aussenpolitik Ungarns vom westlichen Feldzug bis zum Angriff auf die Sowjetunion, 1940–1941). Zusammengestellt von Gyula Juhász, Schriften Nr. 816, 846, 883, 884.
- ⁵ Für die Vorgeschichte dieser Situation vgl. Hans Adolf Jakobsen: Nationalsozialistische Aussenpolitik, 1933–1938. Frankfurt/Main–Berlin, 1968.
- ⁶ Im Falle Rumäniens und Kroatiens wäre eine Annäherung dieser Art, infolge der fast restlosen Integration der politischen und militärischen Führung, nicht von besonderer Bedeutung, aber ähnlich ist die Lage auch hinsichtlich der slowakischen politischen Führung, die in diesem Raum von Deutschland ganz besonders abhängig war und einen ausserordentlich engen Bewegungsraum hatte. In Ungarn war die Situation eine andere: man vermochte das Primat der politischen Führung – allerdings mit Zugeständnissen nach dem 1941 folgenden Tiefpunkt, der Kriegserklärung gegenüber der Sowjetunion, – in der der Reichsverweser eine grössere Rolle gespielt hat, als es die Forschungen bisher vermuteten – genauer nach der Annahme des Rücktritts von Werth im allgemeinen zu sichern, freilich ohne die Lahmlegung jener Kreise des Heeres zu erreichen, die im Laufe der Geschehnisse vom 15. Oktober für Deutschland wesentlich mehr geleistet haben als die Assistenz. Die deutschen Auswirkungen dieser Frage können wir hier – infolge deren unerhörter Zusammengesetztheit – nur am Rande berühren.
- ⁷ B PA AA Pol. Abt. Pol. IV. 510. D 517996–99.
- ⁸ A. a. O. 599728–31.
- ⁹ A. a. O. 424689. Diese Meinung wurde übrigens auch dem Aussenministerium bekanntgegeben.
- ¹⁰ Vgl.: B PA AA Pol. Abt. Pol. IV. 510. 2634, Büro. Akten betreffend Ungarn. Band 1. 520494, 52125.
- ¹¹ B PA AA Büro. Akten betreffend Ungarn. Band 6. 104855–56. Werkmeister unterhielt die Beziehungen zu den für deutsche Zwecke mobilisierbaren Personen, so unter anderen auch zu Imrédy. Auch von Béla Juresek holte er sich die wichtigsten Informationen über die ungarische politische Führung ein. Vgl.: A. a. O. 104852–53, 104763–64, 104937–39.

- ¹² A. a. O. Band 5. 104540.
- ¹³ Der Aussenminister erteilte im übrigen auch eine ähnliche Anweisung zur Isolierung des stellvertretenden rumänischen Ministerpräsidenten Mihai Antonescu.
- ¹⁴ B PA AA Akten betreffend Ungarn. Band 9. 106125 – 26.
- ¹⁵ B PA AA Inland. II. g. Akten betreffend Judenfrage in Ungarn K 21586.
- ¹⁶ B PA AA Büro. Akten betreffend Ungarn. Band 10. 106606.
- ¹⁷ A. a. O. Band 10. 106872 – 106910. Mit letzterer beantragte Veessenmayer: man müsse dem Feind bekanntgeben, das falls die ungarische Hauptstadt bombardiert würde, für jedes Opfer hundert Juden erschossen werden.
- ¹⁸ A. a. O. Band 10. 106935, 106936 – 37; Band 11. 109770 – 82.
- ¹⁹ Über die Tätigkeit der SS in Ungarn vor der Besetzung siehe z. B.: a. a. O. Band 11. 109708 – 10, 109716.
- ²⁰ Anscheinend war dies eine persönliche Aktion des Aussenministers, in die über die „Verhandlungen“ in Klessheim hergestellten Varianten fand nämlich diese Lösung keine Ausnahme, obwohl im Zusammenhang mit der ungarischen Armee auch mehrere Varianten ausgearbeitet wurden. A. a. O. Band 11. 109832 – 35; die an Veessenmayer erteilte Anweisung siehe. A. a. O. 109843 – 45. Veessenmayer erhielt übrigens als er den Aussenminister korrigierte – Unterstützung von den in Budapest befindlichen deutschen militärischen Kreisen und auch von den Leitern der Sicherheitsorgane, die jene Hilfe hervorgerufen haben, die ihnen von seiten gewisser ungarischer Institutionen, z. B. der Gendarmerie und der Polizei zuteil wurde. Ribbentrop nahm übrigens all dies zur Kenntnis und begründete seinen Rückzug damit, dass man das Wort „Entwaffnung“ nicht primitiv auslegen dürfe. Vgl.: a. a. O. 104852 – 53, 104763 – 64, 104937 – 39.
- ²¹ Vgl. z. B.: a. a. O. Band 12. 110572 – 73.
- ²² A. a. O. Band 11. 110047.
- ²³ János Vörös, der Chef des Generalstabs, war z.B. auch dazu geneigt, den Einsatz der fast letzten Eliteeinheit der Armee, der in den Plänen des Reichsverwesers auch für politische Zwecke zurückgehaltenen Reiterdivision, ohne Wissen des Reichsverwesers dort anzuordnen, wo dies die deutsche militärische Führung verlangte. A. a. O. Band 12. 110437 – 38. Das formulierte im übrigen der stellvertretende Ministerpräsident Jenő Rátz, Minister für Landesverteidigung und Generalstabschef in der zweiten Hälfte der dreissiger Jahre, dass die Regierung Sztójay eine Machtvollkommenheit gegenüber dem Reichsverweser anstreben müsse. A. a. O. 110557 – 58. Auch Innenminister Jaross anerkannte, dass er im Laufe der Massnahmen gegenüber den Juden ohne Wissen des Reichsverwesers Schritte getan hat. B PA AA Inland. II. g. 209. Akten betreffend Judenfrage in Ungarn. K 213569 – 70. Vgl. darüber auch: Géza Lakatos: *Ahogyán én láttam. Visszaemlékezések* (Wie ich es sah. Reminiscenzen). München, 1981. P. 91 – 164.
- ²⁴ Am 15. Juli, als der Reichsverweser einen Versuch unternahm die Regierung Sztójay abzulösen, erklärte Veessenmayer; wenn Horthy die Regierung Lakatos ernennt, könne man mit seiner Abberufung rechnen, und was nacher geschieht, das können sich der Reichsverweser und seine Ratgeber offenbar gar nicht vorstellen. B PA AA Akten betreffend Ungarn. Band 12, 110718 – 21. Hitlers Entscheidung ähnlichen Inhalts: a. a. O. 110730 – 32.
- ²⁵ Szálasi wirkte übrigens auf Veessenmayer ernüchternd. A. a. O. Band 11. 110073 – 74.
- ²⁶ Ribbentrop sandte am 12. April 1941 eine Anweisung nach Agram, der noch sehr abnormalen deutschen diplomatischen Mission, wonach „... bei einer weiteren Annäherung der kroatischen Frage Italien in den Vordergrund zu stellen wünschen.“ B PA AA Büro. Akten betreffend Kroatien. Band 1. 161743. Der Staatssekretär der Wilhelmstrasse, Weizsäcker sprach hingegen nur von einer Schonung der italienischen Empfindlichkeit, und auch davon nur so lange „... bis der Krieg dauert“. A. a. O. 161787 – 88. Hitlers Entscheidungen schienen eindeutiger zu sein: am 12. April formulierte er z.B., dass man sich in die inneren Angelegenheiten des Landes nicht einmengen müsse, die Kroaten mögen zu ihrem Führer wählen, den sie wollen, und Ende Mai stellte er die Entsendung von Ratgebern mit seiner auf Parteiebene erlassenen Entscheidung mit der Begründung ein, dass der kroatische Staat eine italienische Interessensphäre sei. A. a. O. 161734 – 36, 16133. Demgegenüber war Hitler schon am 23. Dezember 1941 auf militärischer Ebene zu entscheiden: In Kroatien müssen gegen die Partisanen deutsche Truppen eingesetzt werden. A. a. O. Band 2. 161573.

- ²⁷ Dies wurde im italienischen Aussenministerium so kommentiert, dass Deutschland die kroatische Unabhängigkeit nicht ernst nimmt, wenn sie Gesetze fordert, wie jenes, das die Rechte der Volksgruppe gewährleistet. A. a. O. Band 2. 161573.
- ²⁸ Um dies zu beweisen, ist es vielleicht nicht uninteressant, dass die deutschen Polizeibehörden bis Juni 1941 auch direkt Handlungen durchführten. Hernach änderte sich die Lage nur insofern, dass hierbei auch die Agramer deutsche Gesandtschaft einen Wirkungskreis bekam. A. a. O. Band 1. 161964. Auch die in Kroatien befindlichen deutschen Truppen besaßen das Verfügungsrecht gegenüber der kroatischen Zivilverwaltung. A. a. O. Band 3. 161297–98. Diese Frage wurde später durch die Erklärung zum Operationsgebiet „vereinfacht“. A. a. O. Band 4. 162252, 162424–25.
- ²⁹ B PA AA Büro. Akten betreffend Kroatien. Band 3. 161010; a. a. O. Inland, II. g. 86. Akten betreffend Kroatien. Berichte der Polizei – Attachés. 83–600 E H 3000254.
- ³⁰ B PA AA Büro. Akten betreffend Kroatien. Band 4. 162208–09. 162210, 162212.
- ³¹ Der Besuch ist entscheidungsgeschichtlich interessant, weil die Reichsführer SS, die die Politik des Auswärtigen Amtes und die persönlich Ribbentrops beziehungsweise des Agramer deutschen Gesandten wiederholt konterkarierte, auch vom Aussenminister selbst unterstützt wurde, der den Agramer deutschen Gesandten anwies, Himmler in allem zu unterstützen, damit sein Besuch – im Laufe dessen er der SS und den Polizeikräften neueren Impuls zum Einsatz geben wollte – erfolgreich sei. A. a. O. Band 4. 162517–18, 162528–29.
- ³² A. a. O. Band 5. 162725–26.
- ³³ A. a. O. Band 5. 162727–32.
- ³⁴ A. a. O. Band 5. 1622744, 162745–46.
- ³⁵ Ihre Formulierungen erinnern an italienische Meinungen, als von deutscher Seite fast auf gleichem Nenner Anklageschriften gegen Miklós Kállay und Mihai Antonescu abgefasst wurden.
- ³⁶ A. a. O. Band 5. 162805–12.
- ³⁷ A. a. O. Band 5. 162792–93.
- ³⁸ Die militärische Linie erwies sich bei Ausarbeitung der Details zu Konzessionen bereit. A. a. O. Band 5. 162787–91.
- ³⁹ A. a. O. Band 5. 162829–30, 162837.
- ⁴⁰ Dessen Phrasen wurden im deutschen Auswärtigen Amt so ausgelegt, dass sich die Slowakei im Vertrag verpflichtet hat ihre Aussen- und Innenpolitik im Einvernehmen mit Deutschland zu lenken. Vgl.: A. a. O. Akten betreffend Slowakei. Bandl. 248438–40.
- ⁴¹ B PA AA Büro. Akten betreffend Slowakei. Band 1. 248223–24. Hiervon unterschied sich kaum die italienische Antwort, die der römische Gesandte der Slowakei erhielt, als er sich über die Möglichkeit eines Besuches von Tuka in Italien erkundigte; hierzu kann es nur nach dem Krieg kommen. A. a. O. 248642–43.
- ⁴² A. a. O. 248240.
- ⁴³ A. a. O. 248244–45. Auch die Durchführung der Anordnung ist nicht uninteressant: einerseits wandte man sich auf militärischer Ebene unmittelbar an die slowakische Regierung, andererseits übertrumpfte der Ton der in Pressburg überreichten Note verbale sogar den in der Anordnung zugelassenen, indem sie z. B. folgendermassen formulierte: „Aufgrund dieser Note stellt die Slowakei ihr Gebiet freiwillig zum Aufmarsch der deutschen Truppen zur Verfügung...“ Die Slowakei musste es auch akzeptieren, dass ihre Behörden angewiesen werden, sämtliche Forderungen der deutschen militärischen Organe zu erfüllen. Was letzteres betrifft wurde deutscherseits auf Ansuchen der Slowaken das Zugeständnis gegeben zu versprechen, dass slowakische Staatsbürger von seiten der Wehrmacht nicht zur Verantwortung gezogen werden. A. a. O. 248252, 248254–55. Nach dem polnischen Feldzug aber dankte Hitler in seinem an Tiso gerichteten Telegramm für das Verhalten der slowakischen Armee und löste die Garantie der slowakischen Grenze mit solchen Phrasen auf, deren Formulierung es eindeutig aussprach: das slowakische Verhalten schuf für Deutschland kein Obligo. A. a. O. 248297.
- ⁴⁴ A. a. O. 248381–85. Der Berliner ungarische Gesandte formulierte einmal folgendermassen: er wolle nicht intrigieren, es bestehen aber Beziehungen zwischen Tiso und Beneš. A. a. O. 248348.
- ⁴⁵ A. a. O. 24825–26.
- ⁴⁶ A. a. O. 248448. Vgl.: „248454–55.

- 47 B PA AA Inland. II. g. 100. Akten betreffend Slowakei. Tätigkeit des SD. 83–60E, D 498471, D 498475–76. Slowakischerseits trachtete man die Tätigkeit der Mission einzuschränken – A. a. O. D 449793–94. Am Dezember 1939 erteilte der deutsche Außenminister Anweisung zur Entsendung von Verwaltungs- und Wirtschaftsratgebern. B PA AA Büro. Akten betreffend Slowakei. Band 1. 248320. Manchmal verlangte auch die slowakische Führung z. B. auch Ministerpräsident Tuka selbst Ratgeber. A. a. O. 248329.
- 48 Ein für Ribbentrop angefertigtes Memorandum von November 1940 machte den Vorschlag, dass „... die uns nicht gefälligen Minister müssten Schritt auf Schritt ausgeschaltet werden...“ Der stellvertretende Staatssekretär Wörman aber war der Meinung dass eine Ausschiffung Tisos mit deutscher Hilfe die Lage nur noch schwieriger gestalten würde. A. a. O. 248782–84, 248815–17.
- 49 A. a. O. 248485, 248782–84.
- 50 A. a. O. 248625, 248626.
- 51 A. a. O. 248627.
- 52 A. a. O. 248640–41.
- 53 A. a. O. Band 2. 249464, 249469–70, 249479–81.
- 54 A. a. O. 249622.
- 55 B PA AA Büro. Akten betreffend Rumänien. Band 1. 825001.
- 56 A. a. O. 82618–19.
- 57 A. a. O. 82681. Der Unterschied kann auch damit zum Ausdruck gebracht werden, dass man gleichzeitig Ungarn dazu überredet sich nicht für neutral zu erklären. Übrigens wurden die Repressalien einer Einstellung der Waffenlieferungen auch gegenüber Ungarn wiederholt angewendet.
- 58 A. a. O. Band 2. 137030–32. Antwort des Königs: A. a. O. 137059.
- 59 A. a. O. Band 3. 135561, 135571–73, 135577. Auch das dürfte nicht uninteressant sein, dass am Tag nach der Unterredung des Gesandten mit Ion Antonescu – am 6. September 1940 – Canaris, der Chef des deutschen militärischen Nachrichtendienstes, den Befehl erteilte, zwecks Besetzung der rumänischen Erdölquellen eine Fallschirmoperation vorzubereiten. A. a. O. 135592.
- 60 B PA AA Pol. Abt. Aktion betreffend Rumänien. Pol. IV. 340. 440711, 440722–23.
- 61 A. a. O. Pol. Abt. IV. 341. 440953–58, Pol. IV. 34202–12, 440962–63.
- 62 B PA AA Pol. Abt. IV. 342. Akten betreffend Rumänien. 441060–61.
- 63 A. a. O. 343. 053.
- 64 Ribbentrop erteilte am 25. Januar 1941 dem Gesandten folgende Weisung: er möge mit allen Mitteln versuchen die brauchbaren Elemente der Legion mit Antonescu zusammenzubringen, der der demonstrierte Führer ist, dem man aber bekanntgeben muss, das er sich im Interesse seiner Ziele nicht allein auf die Armee, sondern auch auf die Legion zu stützen hat. B PA AA Büro. Akten betreffend Rumänien. Band 5. 89272. Antonescus dies zurückweisende Mitteilung: A. a. O. 89322–24.
- 65 B PA AA Inland. II. g. 93. Akten betreffend Rumänien. Ohne Aktennummer.
- 66 B PA AA Büro. Akten betreffend Rumänien, Band 5. 89554–60.
- 67 A. a. O. Band 11. 160795, B PA AA Inland. II. g. 93. Akten betreffend Rumänien. Ohne Aktennummer.
- 68 B PA AA Büro. Akten betreffend Rumänien. Band 11. 160979–80.
- 69 A. a. O. Band 3. 135658–59, bezüglich des früheren Ansuchens um deutsche militärische Unterstützung: A. a. O. Band 2. 13709.
- 70 A. a. O. Band 3. 135665–69.
- 71 A. a. O. Band 4. 443296–97. Hinsichtlich der Einzelheiten dieser Frage siehe: Andreas Hillgruber: Hitler, König Carol und Marschall Antonescu. Die deutsch-rumänischen Beziehungen, 1938–1944. Wiesbaden, 1965. S. 124–134, derselbe: Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler. Frankfurt am Main, 1967. S. 356.
- 72 Hadtörténeti Intézet Levéltára (Archiv des Kriegsgeschichtlichen Instituts). Vezérkari Főnökség. 1941. I. 4181.
- 73 Hierauf wurde auch deutscherseits hingewiesen. B PA AA Büro. Akten betreffend Rumänien. Band 4. 443302.
- 74 Hitler sprach im Januar 1941 davon, dass die Stärke der deutschen Truppen in den nächsten Wochen über 500 000 Mann betragen wird. A. a. O. Band 6. 149645–46.
- 75 Vgl.: z. B. A. a. O. Band 8. 154557, Band 11. 160562. Auf das Wesentliche der Frage mag die Weisung des deutschen Außenministers an seinem Bukarester Gesandten vom 14.

März 1943 hinweisen: sagen sie Ion Antonescu, dass es jetzt nicht an der Zeit ist die Lösung mit juristischen und sonstigen Gesichtspunkten zu erschweren. Jedermann muss dort eingesetzt werden, wo es am dringendsten nötig ist. A. a. O. Band 12. 184269, Band 13. 185944–45.

- ⁷⁶ Im April 1943 kommentierte z.B. Mihai Antonescu eine von ihm unterfertigte Vereinbarung über Öllieferungen wie folgt: es ist Überzeugung, dass man diese nicht erfüllen kann. A. a. O. Band 13. 185859–61. Rumänischerseits wurden häufig Verhandlungen von Sachverständigen vorgeschlagen. Deutscherseits wurde die Politik der rumänischen Nationalbank im Oktober 1943 als Verbrechen qualifiziert, wozu noch hinzugefügt wurde, dass Rumänien mit Ausnahme der Öllieferungen seinen Export nach Deutschland sabotiert. A. a. O. Band 14. 182704–08. Über die Frage sprach auch Hitler selbst mit dem ihn besuchenden rumänischen Generalstabschef: „... es ist unerträglich, dass die rumänischen Wirtschaftsexperten alles nur gegen Bezahlung geben wollen ... jene, die die Verhältnisse nicht begreifen ... muss man hinauswerfen.“ A. a. O. Band 14. 182718–26.
- ⁷⁷ Vgl. z.B.: 160438–39, Band 15. 186998–187000. Es gab auch ein ungarisches Gegenstück von dem, das wir z.B. in einer Erklärung entdecken können, die Csáky am 28. Juni 1940 dem Budapester deutschen Gesandten gegenüber tat. B PA AA Pol. Abt. Pol. IV. 56. 118–120.
- ⁷⁸ B PA AA Büro. Akten betreffend Rumänien. Band 11. 160577–78.
- ⁷⁹ A. a. O. Band 12. 184357–61, Band 13. 185841–44.
- ⁸⁰ A. a. O. Band 13. 185848–50. Ribbentrops Weisung an den deutschen Gesandten in Madrid über sein Verhalten gegenüber dem rumänischen Diplomaten: a. a. O. 185905.
- ⁸¹ A. a. O. Band 13. 185923–35, 185932–39, 185940–42, 185974–75, 185989, 186040. Seitens Italiens wurde der stellvertretende rumänische Ministerpräsident – mit einiger Verzögerung – doch empfangen. A. a. O. Band 13. 186212, Band 14. 182284–87. Über die in Rom geführten Verhandlungen berichtete der römische Gesandte des Reichs, der auch aus Budapest bekannte Mackensen – der unter sämtlichen deutschen Diplomaten dieses Raumes vielleicht der beschränkste war – folgendes: Mihai Antonescu wies in der italienischen Hauptstadt darauf hin, dass man die Konturen Nachkriegseuropas in klarer Form darlegen müsste. A. a. O. Band 14. 182284–87. Der italienische Standpunkt war – nach einer Mitteilung vom 22. April 1943 – dem sehr nahe. A. a. O. Band 13. 185926–31.
- ⁸² A. a. O. Band 14. 182412.
- ⁸³ Den Brief siehe: Horthy Miklós titkos iratai (Miklós Horthys geheime Schriften). Budapest, Kossuth, 1962. S. 393–397.
- ⁸⁴ B PA AA Büro. Akten betreffend Ungarn. Band 9. 106253, 106272–87.
- ⁸⁵ B PA AA Büro. Akten betreffend Rumänien. Band 15. 186918–22. Über die Angriffe gegen Killinger vgl. z. B.: Hans Friessner: Verratene Schlachten. Die Tragödie der deutschen Wehrmacht in Rumänien und Ungarn. Hamburg, 1956. S. 53–54. Killinger signalisierte den 23. August tatsächlich nicht, seine früheren Berichte hingegen – wie z.B. auch den erwähnten – ignorierte die deutsche Führung einfach.
- ⁸⁶ A. a. O. Band 15. 186998–187000. Mihai Antonescu, der vor Zeit zu Zeit die deutsche „Blockade“ durchbrochen und Gelegenheit gefunden hat dem deutschen Gesandten zu begegnen – sagte am 23. Dezember 1943 zu Killinger: „... es wäre leichter, wenn wir in Westen und in Italien nicht engagiert wären.“ A. a. O. Band 15. 187047–48. Über eine derartige Beurteilung der rumänischen Führung und Diplomatie, beziehungsweise die Unüberredbarkeit Hitlers vgl. z. B.: Walter Warlimont: Im Hauptquartier der deutschen Wehrmacht. Grundlagen, Formen, Gestalten. 3. Auflage. 1978. S. 483.
- ⁸⁷ Der an Stelle des Staatssekretärs Weizsäcker tretende Steengracht teilt z.B. dem Berliner rumänischen Gesandten gelegentlich – unter Berufung auf die Meinung Ribbentrops – mit: die Ostfront werde man halten, und wegen der schweren Verluste der Sowjetarmee ist der absolute Sieg Deutschlands vollauf gesichert. B PA AA Büro. Akten betreffend Rumänien. Band 15. 187136–37, 187148.
- ⁸⁸ A. a. O. Band 15. 187136–37, 187148.
- ⁸⁹ Diese Frage hatte eine ganz eigenartige Auswirkung: von rumänischer wie von ungarischer Seite informierte man die Deutschen von all dem was ihnen in dieser „Kunstst“ hinsichtlich der Schritte der anderen Partei zur Kenntnis gelangte. Ein Beispiel dafür ist eine Mitteilung des Berliner ungarischen Gesandten vom 28. Januar 1943, wonach der frühere

- rumänische Finanzminister und der Titulescu nahestehende ehemalige rumänische Gesandte in Moskau, in neutrale Länder reisen um Beziehungen zu den Verbündeten zuzusuchen. B PA AA Büro. Akten betreffend Rumänien. Band 12. 184121. Sztójay intrigierte aber auch gegen Mihai Antonescu. Vgl. z. B.: A. a. O. Band 14. 182350, Band 15. 187160–61. Was dessen rumänische „Gegenseitigkeit“ betrifft: Im September 1941 machte z.B. Ion Antonescu den deutschen Gesandten in Bukarest darauf aufmerksam, dass der in der rumänischen Hauptstadt akkreditierte amerikanische und ungarische Militärattaché zueinander Nachrichtenaustauschbeziehungen über die rumänische Armee unterhalten. A. a. O. Band 7. 149959. Mihai Antonescu hingegen berichtete gelegentlich Killinger von einer angeblichen Äusserung des ungarischen Ministerpräsidenten: Kállay glaube nicht mehr an einen deutschen Sieg. B PA AA Büro. Akten betreffend Ungarn. Band 8. 105852, 105853, 105926. Ein fast separierbarer Zweig dieser Frage ist, dass die ungarische Aussenpolitik schon damals damit beschuldigt wurde von rumänischer Seite, dass sie Beziehungen zur Sowjetunion anbahnt, als man gerade das vermeiden wollte. A. a. O. Band 9. 106284. Rumänischerseits – und dies gilt für einen Teil der Führung ebenso wie für jene politischen Faktoren, die dies kritisierten – begriff man um vieles früher die Notwendigkeit von Verhandlungen mit der Sowjetunion, als dies in Ungarn der Fall war. Vgl. z. B.: B PA AA Büro. Akten betreffend Rumänien. Band 15. 187320–21, 187413–14.
- ⁹⁰ Wir verweisen hier auf das bereits erwähnte Memorandum des Generalobersten Friessner: am 23. August abends vermochte er den Befehl Hitlers, einen rumänischen General zur Regierungsbildung zu überreden, nicht durchzuführen. Der Umstand aber, dass Hitler auf Antrag Görings Befehl zur Bombardierung von Bukarest und des königlichen Palastes gegeben hat, zeitigte für die deutschen Interessen katastrophale Folgen. Vgl.: Friessner: gen. Werk. S. 85–97.
- ⁹¹ Freilich hatte auch die ungarische Aussenpolitik ihre Bravourideen. Erwähnenswert ist von diesem Aspekt aus die Initiative Sztójay's, mit der er im Herbst 1940 die Anwesenheit der deutschen Truppen in Rumänien zugunsten der ungarischen Interessen ausnutzen wollte. B PA AA Büro. Akten betreffend Rumänien. Band 4. 85652.